

Abgestimmte Fassung

Konzept Ruhr & Wandel als Chance

Statusbericht 2011/2012

Beteiligte

An der Erarbeitung des Statusberichts 2011/2012 zu den interkommunalen Entwicklungsstrategien „Konzept Ruhr“ und „Wandel als Chance“ haben mitgewirkt:

- Die Arbeitsgemeinschaft Städteregion Ruhr 2030: Bochum, Bottrop, Duisburg, Dortmund, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen;
- die Kreisverwaltung und die Städte Hattingen, Herdecke, Wetter und Witten im Ennepe-Ruhr-Kreis;
- die Kreisverwaltung und alle Städte im Kreis Recklinghausen;
- die Kreisverwaltung und alle Städte/Gemeinden im Kreis Unna;
- die Wirtschaftsförderung des Kreises und die Städte/Gemeinden Dinslaken, Kamp-Lintfort, Moers, Neukirchen-Vluyn, Schermbeck und Voerde im Kreis Wesel;
- Emschergenossenschaft und Lippeverband;
- der Regionalverband Ruhr (RVR) in Essen;
- die Wirtschaftsförderung des Kreises und die Stadt Ibbenbüren im Kreis Steinfurt;
- die Zukunftsaktion Kohlegebiete e.V. (ZAK) in Hamm
- das Büro GseProjekte in Flechtingen/ Dinslaken zur Unterstützung bei Konzeption, Text und Umsetzung

Die fortlaufende Koordination der beiden interkommunalen Arbeitsgemeinschaften zu „Konzept Ruhr“ und „Wandel als Chance“ wird durch die Stadt Bottrop wahrgenommen. Die kommunalen Gebietskörperschaften sind jeweils durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Planungsämter und/oder der Wirtschaftsförderung vertreten.

Einleitung

Die Städte und Kreise der Metropole Ruhr bereiten sich gemeinsam mit dem Regionalverband Ruhr (RVR) auf die Neuausrichtung der europäischen Förderlandschaft nach Auslaufen der gegenwärtigen EFRE-Periode und anderer Förderprogramme auf EU-, Bundes- und Landesebene vor. Die regionale Konzeption und lokale Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen der laufenden Förderperioden organisiert die Metropole Ruhr seit 2007 im Rahmen von zwei dafür gegründeten interkommunalen Arbeitsgemeinschaften.

Mit dem Statusbericht 2011/2012 legen die beiden interkommunalen Arbeitsgemeinschaften Rechenschaft ab zur Umsetzung des

- Konzepts Ruhr – „übergreifende Strategie zur nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung“ und des
- Positionspapiers Wandel als Chance – „zur Bewältigung von Folgen der Kohlebeschlüsse“.

Die bislang jeweils getrennt vorgelegten Statusberichte werden nun zusammengeführt, weil wesentliche Themen der letzten Jahre zwischenzeitlich abgearbeitet werden und die Herausforderungen für 2012/2013 – auch im Kontext der Neuordnung der Förderlandschaft – nach Auffassung der Arbeitsgemeinschaften im Rahmen eines integrierten Konzepts dargestellt werden müssen. Dem entsprechend

- dokumentiert der Statusbericht 2011/2012 den Stand der Umsetzung von Projekten in beiden Arbeitsfeldern,
- beschreibt konzeptionelle Ansätze für die laufende Dekade,
- und formuliert erste Ansätze zur Neuausrichtung der Inhalte vor dem Hintergrund einer sich verändernden Förderlandschaft.

Der Statusbericht 2011/2012 wird – wie in den Vorjahren – in die Stadtparlamente und Kreistage eingebracht. Diese entscheiden über die lokalen Maßnahmen in der Projektliste und diskutieren die grundsätzlichen Überlegungen. Darüber hinaus dient der Statusbericht als fundierte Grundlage für anstehende Diskussionen mit den staatlichen Ebenen und der Europäischen Union.

Fünf Jahre Konzept Ruhr

Die Arbeiten zum **Konzept Ruhr** wurden im Jahr 2007 begonnen. Konkreter Anlass war die Startphase der neuen Ziel 2-Förderperiode. Seitens der Landesregierung wurde in diesem Zusammenhang eine Verständigung der Region über zu fördernde Projekte im Bereich der Stadterneuerung eingefordert. Zunächst bildeten sich drei teilregionale Arbeitsgemeinschaften – im Kreis Recklinghausen, im Kreis Unna und im Rahmen der erweiterten Arbeitsgemeinschaft Städteregion Ruhr 2030 – die sich auf Initiative verschiedener Kommunen und der Wirtschaftsförderung metropol Ruhr GmbH nach wenigen Monaten zur „interkommunalen Arbeitsgemeinschaft Konzept Ruhr“ zusammenschlossen. Kurz darauf traten der Ennepe-Ruhr Kreis mit einer Reihe kreisangehöriger Kommunen sowie eine Reihe von Städten aus dem Kreis Wesel der interkommunalen Arbeitsgemeinschaft bei.

In der konkreten Diskussion wurde bald deutlich, dass aus Sicht der Städte und Kreise eine allein auf Förderzusagen im Bereich Städtebau ausgerichtete Zusammenarbeit zu kurz greifen würde. Die Ausarbeitung des Konzepts Ruhr war daher von Anbeginn auf die Formulierung übergreifender Ziele für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung ausgerichtet. Dafür wurden zunächst die „**ruhrbasics**“ als räumlich-inhaltliches Modell für die nachhaltige Regionalentwicklung definiert. Dazu gehören

- die Ost-West-Achsen entlang Ruhr, A 40, Emscher/A 42 und Lippe (ruhrlines),
- die Qualität der Zentren und Stadtteile (ruhrcities),
- die Entwicklung hochwertiger Gewerbe- und Industriestandorte (ruhrexcellence),
- die Schaffung von Rahmenbedingungen für weitere private Investitionen in den Entwicklungsräumen (ruhrinvest)
- und die darauf basierende Vorbereitung überregional wahrgenommener Ereignisse (ruhrevents).

Im Rahmen des Berichts 2010 zu „Umsetzung und Perspektiven“ des Konzepts Ruhr wurde das Gliederungsmodell der „ruhrbasics“ durch den thematischen Dreiklang „**Stadt – Bildung – Klima**“ ergänzt. Inspiriert durch Impulse im Rahmen von Konzept Ruhr, konkreten Vorhaben im Rahmen von Wandel als Chance, den regionalen Wettbewerb „Innovation City“ oder die mögliche Beteiligung bei europäischen Wettbewerben (European Green Capital) diskutieren die Städte und Kreise neue Formen der Projektentwicklung und interkommunalen Zusammenarbeit. Das Konzept Ruhr bildet dafür eine Plattform zur Vertiefung der Diskussion und zum Abgleich modellhafter Projekte oder Verfahren.

Analog zur EU-Strategie „**Europa 2020**“ aus dem Jahr 2010, die auf umfassende Maßnahmen zur Steigerung von Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union durch aktive

Regionalentwicklung setzt, haben die Städte und Kreise für den bevorstehenden Diskussionsprozess den Leitbegriff „**Ruhr 2020+**“ gewählt.

Wesentlicher Bestandteil des Konzepts Ruhr ist eine begleitende – und jährlich aktualisierte – **Projektliste** zu denjenigen Vorhaben, die aus Sicht der kommunalen Gebietskörperschaften von Bedeutung für die nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung in den nächsten zehn Jahren sein sollen. In Umsetzung der ruhrbasics wurden nun auch Vorhaben der gewerblichen Flächenentwicklung, der Freiraumentwicklung oder städtebaulich bedeutsame Maßnahmen zur Umgestaltung des Emscher-Systems ebenso einbezogen wie Projekte, die unmittelbar auf die logistische Unterstützung der Kulturhauptstadt Europas im Jahr 2010 zielten. Zudem wurden von Anfang nicht nur die absehbaren Gesamtkosten oder notwendige Fördermittel, sondern auch prognostizierbare private Folgeinvestitionen erfasst.

Im Sinne der Stärkung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Metropole Ruhr war es selbstverständlich, dass alle Kommunen die aus ihrer Sicht notwendigen kurz-, mittel- oder langfristig erforderlichen Maßnahmen in der Projektliste berücksichtigten. Die kommunalen Gebietskörperschaften haben dazu im Rahmen ihrer Projekte eine klare Priorisierung ihrer **eigenen Vorhaben** im Hinblick auf Dringlichkeit und Finanzierbarkeit geschaffen. Diese Notwendigkeit zur Prioritätensetzung im Rahmen des Konzepts Ruhr hat erheblich zu einer Beschleunigung der Entscheidungsprozesse in den Kommunen beigetragen.

Im Gegensatz zu früheren Zeiten stehen keine Förderprogramme mehr ausschließlich für Maßnahmen in der Metropole Ruhr zur Verfügung. Alle Projekte müssen im Wettbewerb mit anderen Teilregionen des Landes bestehen können. Ein wesentliches Kriterium in diesem Wettbewerb ist die regionale Abstimmung der Vorhaben. Durch das gemeinsame Handeln im Rahmen des „Konzepts Ruhr“ konnten erhebliche Fördermittel trotz der Konkurrenz mit anderen Regionen akquiriert werden.

Durch die zwischenzeitliche Verschärfung der kommunalen Finanzlage wurden seit 2007 viele langfristig angelegte Vorhaben gestrichen oder bereits laufende Maßnahmen in ihrem Finanzvolumen gekürzt.

Die aktuelle Projektliste zeigt, dass sich dennoch eine Vielzahl von Maßnahmen in der Umsetzung befindet oder bereits abgeschlossen werden konnte. Zudem wird sichtbar, in welchem Umfang die Kommunen noch mit eigenen Mitteln in Projekte der nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung investieren – und aus welchen Förderprogrammen im Zuge des Konzepts Ruhr eine Förderung aus Landes-, Bundes- oder EU-Mitteln akquiriert werden konnte.

Im Rahmen des Statusberichts 2011/2012 enthält die Projektliste 442 Vorhaben. 77 Projekte wurden bereits abgeschlossen; weitere 193 befinden sich in der Umsetzung. Für 172 Vorhaben sind die Vorbereitungen angelaufen. Ob sie in die Realisierung übergehen können, hängt grundsätzlich von der Ausgestaltung der finanziellen Rahmenbedingungen für die Kommunen ab.

Rund 70 Projekte sind interkommunal angelegt. Dazu gehören zum Beispiel im Bildungsbereich die neuen Hochschulstandorte in Bottrop, Hamm, Kamp-Lintfort und Mülheim an der Ruhr. Von Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der Metropole Ruhr sind interkommunal angelegte Vorhaben der gewerblichen Entwicklung wie der newPark im Kreis Recklinghausen oder das Vorhaben zur Neuentwicklung und Aufwertung altindustrieller Flächen entlang der B7 mit den Städten Hagen, Gevelsberg, Ennepetal und Schwelm. Mehr als 80 Vorhaben werden durch die Kombination verschiedener Förderprogramme realisiert. Dazu gehören zum Beispiel die Neunutzung der ehemaligen Zechen Lohberg in Dinslaken und der Bereich Fürst Leopold/ Stadtteil Hervest in Dorsten.

Ein Abgleich mit den Vorjahren zeigt, dass die absehbaren öffentlichen Aufwendungen rückläufig sind. Da dies auch den Verzicht auf die Herstellung von Infrastrukturen für private Folgeinvestitionen bedeutet, werden hier für die nächsten Jahre ebenfalls geringere Aufwendungen erwartet.

Projekte der gewerblichen Flächenentwicklung oder städtebaulichen Aufwertung erzeugen im Regelfall private Folgeinvestitionen in Höhe des acht- bis zehnfachen Wertes der öffentlichen Förderung. Im Konzept Ruhr sind neben diesen Maßnahmen auch Projekte der Landschaftsgestaltung oder der Umgestaltung von Emscher-Bächen enthalten, die nicht auf private Folgeinvestitionen zielen. Zudem lässt der Entwicklungsstand einiger Projekte noch keine konkreten Prognosen für die privaten Folgeinvestitionen zu.

Gleichwohl mobilisieren die abgeschlossenen und laufenden Maßnahmen ein öffentliches Investitionsvolumen von rund 2,008 Mrd. € und voraussichtliche private Folgeinvestitionen von rund 6,150 Mrd. €.

Rechnet man die kalkulierten öffentlichen Investitionen von vorbereiteten Projekten (rund 776 Mio. €) und deren prognostizierbaren privaten Folgeinvestitionen (rund 1,587 Mrd. €) hinzu, so entsteht derzeit über das systematische Zusammenführen von Projekten und Fördermitteln ein öffentlich/ privates Gesamtvolumen von rund 10,520 Mrd. €. Einen – großzügig gerechneten – Aufwand pro „Mann-Jahr“ von rund 80.000 € pro anno unterstellt, ergibt sich derzeit durch die gemeinschaftliche

Rahmensetzung des Konzepts Ruhr ein Beschäftigungseffekt von rund 125.000 Mann-Jahren, der vorwiegend den Unternehmen in Bauwirtschaft, Baugewerbe und Handwerk zu Gute kommt.

Vier Jahre Wandel als Chance

Das interkommunale Positionspapier „Wandel als Chance“ entstand im Jahr 2008 als Reaktion der betroffenen Städte und Kreise der Metropole Ruhr und des Kreises Steinfurt auf die Beschlüsse von Bund, Land und EU zur schrittweisen Stilllegung der Kohleförderung bis zum Jahr 2018.

Ziel der jährlich fortgeschriebenen Positionierung ist es, den Wegfall von bis zu 53.000 Arbeitsplätzen in der Metropole Ruhr und im Kreis Steinfurt durch eine vorausschauende Strategie zu kompensieren und dafür einen Konsens mit den staatlichen Ebenen der Bundesrepublik Deutschland und der europäischen Union zu finden. Das Positionspapier vom September 2008 formuliert drei Handlungsfelder mit insgesamt 25 Projekten, die sich an die übergeordneten Ebenen richten, aber zugleich eine Selbstverpflichtung der beteiligten Kommunen und Kreise bedeuten. Die drei Handlungsfelder sind

- **Fördern + Begleiten** (Bildung)
- **Neu nutzen + Entwickeln** (Gewerbliche Flächenentwicklung und Vermarktung)
- **Erneuern + Erfinden** (Wirtschaftliche Innovation und Forschung).

Die Städte und Kreise der Metropole Ruhr, der Regionalverband Ruhrgebiet (RVR) und die Wirtschaftsförderung metropoleruhr GmbH haben seit Ende 2008 mit erheblichem finanziellem und organisatorischem Aufwand eigenständig Grundlagen für die Umsetzung von Maßnahmen in den definierten Handlungsfeldern geschaffen.

Im **Handlungsfeld Fördern + Begleiten** wurde im Auftrag des RVR – mit Unterstützung der Stiftung Mercator – der erste „**Bildungsbericht Ruhr**“ durch ein wissenschaftliches Konsortium unter Federführung des Dortmunder „Instituts für Schulentwicklungsforschung (IFS)“ erstellt. Damit sind alle Projekte in der Metropole Ruhr für den Bereich Fördern + Begleiten abgedeckt. Der Bildungsbericht Ruhr befasst sich mit der gesamten Bildungsbiografie und bezieht sich auf folgende Module:

- Frühkindliche Bildung
- Allgemeinbildende Schulen
- Berufliche Bildung/ Fort- und Weiterbildung
- Hochschulbildung und
- Informelles Lernen

Auf der Basis einer umfassenden Analyse werden Empfehlungen zur Optimierung der Bildungslandschaft in der Metropole Ruhr gegeben, die schrittweise

- von den einzelnen Kommunen
- von der Gemeinschaft der Städte und Kreise
- von den Städten und Kreisen im Zusammenwirken mit dem Land Nordrhein-Westfalen, Unternehmen und Institutionen

umsetzbar sind. Der Bildungsbericht Ruhr wurde am 20. Januar 2012 im Rahmen einer Konferenz der Fachöffentlichkeit vorgestellt. Im Zuge einer Vertiefungsphase sollen bis Jahresmitte 2012 die Handlungsempfehlungen und die „Beispiele guter Praxis“ geprüft, verdichtet und schrittweise umgesetzt werden.

Im Kreis Steinfurt wurde ein „Regionales Bildungsnetzwerk“ etabliert, in dem die Aktivitäten im Bereich Schule/Bildung konzentriert werden.

Das **Handlungsfeld „Neu Nutzen + Entwickeln“** ist ebenfalls weitgehend abgearbeitet. Die Städte und Kreise haben bereits vor zwei Jahren gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung metropoleruhr GmbH die Analyse **„Wirtschaftsflächen Ruhr 2009“** vorgelegt. Auf der Basis einer fundierten Darstellung von tatsächlich verfügbaren gewerblichen Bauflächen in der Metropole Ruhr wurde die zwischenzeitlich unterbrochene Förderbereitschaft des Landes zur Sanierung und infrastrukturellen Entwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen wieder reaktiviert. Für die Kohleregion Ibbenbüren wurde eine vergleichbare Darstellung verfügbarer Flächen erstellt.

Seit Jahresbeginn 2011 läuft zudem bei der Wirtschaftsförderung metropoleruhr GmbH mit Unterstützung des Wirtschaftsministeriums das Projekt **„Gewerbliches Flächenmanagement Ruhr“**. Ausgehend von den Erfahrungen bei „Wirtschaftsflächen Ruhr 2009“ und unter Nutzung des Flächeninformationssystems ruhrAGIS werden hier – über den Ansatz aus dem Jahr 2009 hinaus – auch Daten zum Wandel der Nutzung aller gewerblichen Bauflächen seit 2005 erhoben und mit den Informationen zu den nutzenden Wirtschaftszweigen korreliert. Diese Daten werden mit dem Flächenmonitoring im Rahmen von ruhrFIS und dem Flächenbericht des RVR abgestimmt. Das „Gewerbliche Flächenmanagement Ruhr“ wird ergänzt durch eine modellhafte Evaluation des Büroflächenmarktes in den Städten Bochum, Mülheim an der Ruhr und im Kreis Recklinghausen. Die Erfahrungen der Städte Dortmund und Duisburg werden in den Prozess einbezogen.

Auf Basis dieses Gesamtbildes sollen bis Ende 2012 Vorschläge zu einem regionalen und interkommunalen gewerblichen Flächenmanagement entwickelt und zusammen mit den ermittelten Daten in einem „Marktbericht“ veröffentlicht werden.

Dritter Schwerpunkt in diesem Handlungsfeld ist eine **Projektgruppe** von derzeit **13 Bergbauflächen in 13 Städten** der Metropole Ruhr und des Kreises Steinfurt, deren schrittweise Neunutzung von grundlegender Bedeutung für die städtebauliche und wirtschaftliche Entwicklung der Kommunen ist.

Bei diesen Flächen handelt es sich um:

Bergkamen (Haus Aden / Wasserstadt Aden)

Bottrop (Prosper Haniel)

Dinslaken (Lohberg)

Dorsten (Fürst Leopold)

Duisburg (Zeche Walsum)

Gelsenkirchen/ Herten (Bergwerk Westerholt)

Hamm (Bergwerk Ost)

Herne (Blumenthal)

Herten (Schlägel & Eisen)

Ibbenbüren (Anthrazit)

Kamp-Lintfort (Bergwerk West)

Marl (Auguste Victoria)

Neukirchen-Vluyn (Niederberg)

Ein seitens der interkommunalen Arbeitsgemeinschaft erstelltes Grundsatzpapier benennt die Handlungsanforderungen und beschreibt die notwendigen Beiträge der Akteure in Kommunen, Landesverwaltung und RAG-Konzern. Die Projektgruppe Bergbauflächen wird aus Sicht der Region ein wichtiger Schwerpunkt für Gespräche mit der Landesregierung nach Fertigstellung des Statusberichts 2011/2012 sein. Die Ergebnisse der Gespräche sollen auch auf andere Vorhaben der Flächenentwicklung übertragbar sein.

Das **Handlungsfeld Erneuern + Erfinden** wurde im Positionspapier „Wandel als Chance“ im Wesentlichen unter dem Eindruck der „**Clusterwettbewerbe**“ des Landes zur Bewertung von Förderanträgen für Forschung, Innovation und wirtschaftliche Entwicklung formuliert. Die Vorbehalte der Städte und Kreise gegen diese Verfahren – wegen des bürokratisch aufwendigen Verfahrens, der langen Entscheidungswege und der letztlich intransparenten Vergabemodalitäten – haben sich als berechtigt erwiesen.

Die im Rahmen von „Wandel als Chance“ angeregten, selbstverantworteten **Regionalfonds** zur Organisation von Innovation werden aus Sicht der Metropole Ruhr ein Thema bei den anstehenden Diskussionen zur Ausgestaltung der nächsten EU-Förderperiode sein. Das Wirtschaftsministerium des Landes hat in einem ersten Schritt begrenzte „**Regionalbudgets**“ freigegeben, die von den Antragstellern auf

der Basis regionaler Entwicklungskonzepte für wirtschaftsorientierte Maßnahmen eingesetzt werden können.

Veränderte Rahmenbedingungen

Zu Beginn der Dekade bis zum Jahr 2020 haben sich die Rahmenbedingungen der nachhaltigen Regionalentwicklung in der Metropole Ruhr gegenüber der Startphase von Konzept Ruhr und Wandel als Chance in den Jahren 2007/2008 stark verändert:

- Die **kommunale Finanzsituation** hat sich deutlich verschlechtert. Durch Maßnahmen der Landesregierung und die – derzeit noch – gut laufende Konjunktur ist zwar eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau eingetreten. Eine grundlegende, investitionsbegünstigende Veränderung wäre aber nur durch gesamtstaatliche Grundentscheidungen möglich. Diese sind jedoch nicht in Sicht. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass gerade den Städten und Kreisen, die weiterhin Folgen des wirtschaftlichen Strukturwandels zu bewältigen haben, auf absehbare Zeit kaum Eigenmittel zum Erhalt der Infrastruktur, zur Durchführung von Projekten der Stadterneuerung, des Bildungswesens und des Klimaschutzes zur Verfügung stehen.
- Parallel dazu wurden von Seiten des Bundes die Fördermittel für wichtige **Investitionsprogramme** der Stadterneuerung und der Energieeinsparung erheblich reduziert. Weitere **Kürzungen sind im Bundeshaushalt 2012** vorgesehen. Dies gilt zum Beispiel für die Mittel im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“. Die mit diesem Programm ursprünglich ermöglichte, systematische Verknüpfung von Baumaßnahmen mit Bildungsprojekten und Maßnahmen zur Stärkung der Sozialstrukturen wurde beseitigt. Die Kürzung von Programmen zur Förderung öffentlicher und privater Maßnahmen des Klimaschutzes erschwert die Entwicklung und Umsetzung öffentlich-privater Strategien zur CO₂-Reduzierung auf kommunaler Ebene in erheblichem Maße. So wurden die für 2012 vorgesehenen Bundesmittel für Maßnahmen der Wärmedämmung von 1,6 Mrd. € auf 900 Mio. € zurückgefahren.
- Die Umsetzung von Projekten in der gegenwärtigen **Ziel 2-Förderperiode** und im Rahmen der **Regionalen Wirtschaftsförderung** wird durch seitens des Landes gewählte Verfahren und Prioritätensetzungen erschwert. Im Bereich der gewerblichen Flächenförderung wurden die ersten Förderbescheide erst zwei Jahre nach Programmstart – und nahezu zweijährigen Antragsverfahren – ausgereicht. Direkte Hilfen für ansiedlungswillige Unternehmen aus der Regionalen Wirtschaftsförderung waren zwischenzeitlich für rund ein Jahr ausgesetzt. Die aufwändigen Verfahren und langwierigen Entscheidungsprozesse bei den „Clusterwettbewerben“ im Rahmen der Ziel 2-Förderung haben nur bedingt zur Schaffung von Transparenz und Effizienz im wirtschaftlichen Strukturwandel beigetragen.

- Zugleich müssen die kommunalen Gebietskörperschaften einen immer größeren **Aufwand bei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von öffentlich geförderten Maßnahmen** betreiben. Dies bezieht sich einerseits auf einen steigenden finanziellen Aufwand bei den vorbereitenden Planungen, andererseits auf einen ständig anwachsenden Aufwand bei der Antragsabwicklung und Projektabrechnung. Zudem ist zu beobachten, dass die staatlichen Ebenen immer mehr Zeit für die Antragsbearbeitung benötigen, die notwendige Koordination bei der Abstimmung kombinierter Förderprojekte nur unzureichend leisten und sich – über die eigentliche Verfahrenskontrolle hinaus – zunehmend in inhaltliche Fragen der Projektentwicklung einbringen.
- Hinzu kommt die seit Jahren **ungeklärte Situation bei der Genehmigung kommunaler Finanzierungsanteile durch die Kommunalaufsicht**. Kommunen und Förderressorts stimmen vielfach darin überein, dass die zu fördernden Projekte notwendig und sinnvoll für die weitere Entwicklung der Gemeinden sind. Die folgenden, langwierigen und unsystematischen Diskussionen mit der Kommunalaufsicht behindern seit Jahren eine zügige Projektabwicklung, die Umsetzung wichtiger Bausteine des Strukturwandels, den Abfluss von Fördermitteln und die damit verbundenen Beschäftigungseffekte.

Dem gegenüber steht eine positive Veränderung der eigenständigen Gestaltungsmöglichkeiten in der Metropole Ruhr:

- Mit dem Übergang der **regionalen Planungshoheit** auf den RVR kann die Metropole Ruhr ihre zukünftige Entwicklung – im Rahmen der Vorgaben des staatlichen Rechts – in eigener Verantwortung bestimmen. Ein partizipatives Verfahren zur Vorbereitung des „**Regionalplans Ruhr**“ über den regionalen Diskurs ist durch den RVR eingeleitet.
- Durch die gemeinschaftliche Erarbeitung der „Wirtschaftsflächen Ruhr 2009“ und den derzeit laufenden Prozess des „Gewerblichen Flächenmanagements Ruhr“ und das Flächenmonitoring ruhrFis verfügen Städte, Kreise und regionale Wirtschaftsförderung über ein umfassendes, fundiertes Wissen zu den **verfügbaren gewerblichen Bauflächen**, den tatsächlichen Veränderungen bei den vorhandenen Gewerbe- und Industrieflächen sowie den entsprechenden Handlungserfordernissen. Daraus ergeben sich vielfältige Möglichkeiten zur gemeindeübergreifenden Abstimmung von Entwicklungsstrategien oder zum Nachweis von Förderbedarf gegenüber den staatlichen Ebenen.
- Der **Bildungsbericht Ruhr** ist eine Plattform zur gemeinschaftlichen Einschätzung der Stärken und Schwächen des Bildungssystems in der Metropole Ruhr. Auf dieser Basis können Beispiele guter Praxis innerhalb der Region übertragen, gemeindeübergreifende Bildungsprojekte entwickelt und gemeinsame Anliegen zur Verbesserung der staatlichen Rahmenbedingungen zur Ausgestaltung des Bildungssystems begründet werden.

- Die Umsetzung des Wettbewerbsergebnisses „**Innovation City**“ durch die Stadt Bottrop und den Initiativkreis Ruhr sowie die weitere Ausformung der Projektanträge durch die im „Netzwerk der 16“ beteiligten Kommunen wird für die gesamte Metropole einen erheblichen Schub bei der Entwicklung und Realisierung kommunaler Klimastrategien auslösen. Dem „Netzwerk der 16“ gehören neben Bottrop folgende Städte an: Bochum, Castrop-Rauxel, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hamm, Herne, Herten, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Recklinghausen, Schwerte und Witten. Durch die Umsetzung in Bottrop und die Arbeit der Kommunen im Netzwerk sind zudem „Schrittmacherdienste“ des Gesamtvorhabens bei der modellhaften Kombination von Förderprogrammen, der Ergänzung von Förderbestimmungen oder Rahmengesetzen und der Schaffung von neuen Kombinationsmöglichkeiten für öffentliche und private Investitionen zu erwarten.
- Auf Initiative der drei Städte Bochum, Essen und Dortmund arbeitet die Metropole Ruhr an der Vorbereitung einer Bewerbung für die Ausschreibung der „**European Green Capital**“ für das Jahr 2015. Damit demonstrieren die Städte und Kreise wiederum, dass sie auch bei den Themen des Umwelt- und Klimaschutzes gut zusammenarbeiten und gemeinschaftliche Aufgaben und Ziele formulieren können.
- Die Wirtschaftsförderung metropoleruhr GmbH arbeitet – unter Einbeziehung der Erkenntnisse aus dem Flächenwandel – gemeinsam mit wissenschaftlichen Institutionen und den Wirtschaftsförderern der Region an Analysen und Wegweisungen zur weiteren Optimierung der Wirtschaftsförderung. Zukunftsrelevante **Leitmärkte** sollen – ergänzend zu den bisherigen Clusterstrukturen – identifiziert und mit flexiblen Instrumenten unterstützt werden.
- In der **Kohleregion Ibbenbüren** wird über verschiedene interkommunale Ansätze angestrebt, das Auslaufen des Zechenbetriebes im Jahr 2018 zu kompensieren. Viele Maßnahmen sind eingebettet in das Kreisentwicklungsprogramm. Aus Anlass der Kooperation mit der Metropole Ruhr wurde zudem ein eigenes **Strategiepapier** für die Kohleregion erstellt. Hier sind Projekte definiert, die dazu beitragen sollen, den bevorstehenden Strukturwandel zu bewältigen. Um die zu deren Umsetzung notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen, ist die Aufnahme in entsprechende Förderkulissen des Landes Nordrhein-Westfalen und der Europäischen Union notwendig.

Die Übersicht zeigt: Die Städte und Kreise in der Metropole Ruhr bauen ihre Netzwerke und gemeinschaftlichen Aktionsformen stetig aus. Zu den etablierten Formen der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich der Freiflächenentwicklung (Emscher Landschaftspark), der Stadtentwicklung und der Kultur (Kulturhauptstadt Europas) treten nun **neue, analytische fundierte**

Netzwerke in den Bereichen der wirtschaftlichen Innovation, des Bildungswesens, des Umwelt- und Klimaschutzes und der gewerblichen Flächenentwicklung.

Diese Netzwerke werden neue Formen der Zusammenarbeit entwickeln, aber auch neue Entscheidungs- und Finanzierungsstrukturen innerhalb der Region und im Verhältnis zu staatlichen Ebenen einfordern. Die neuen Netzwerke flankieren und stützen zudem den Entstehungsprozess des neuen Regionalplans Ruhr.

Das **Konzept Ruhr** bietet mit seiner Kombination aus gemeinschaftlich formulierten Zielen, einer nachvollziehbaren Projektliste und den eingeübten Kommunikationsstrukturen eine Plattform zur Synchronisierung der thematisch orientierten Netzwerkprozesse.

Die Herausforderungen 2012-2013

In den Jahren 2012 und 2013 stehen wichtige Weichenstellungen für künftige Finanzstrukturen und Förderbedingungen in den Bereichen wirtschaftliche Infrastruktur, Forschung und Innovation, Klima und Umwelt, Bildungswesen und Stadterneuerung an. Die Metropole Ruhr hat über ihre regionalen Netzwerke bereits wichtige Voraussetzungen zur Mitwirkung bei der inhaltlichen Ausgestaltung künftiger Förderstrukturen geschaffen.

Ein wesentlicher Baustein sind die Vorbereitungen der Europäischen Union für die **nächste Förderperiode im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Europäischen Sozialfonds (ESF)**. Nach den derzeitigen Vorstellungen der Europäischen Kommission für den Bereich EFRE sollen folgende Schwerpunkte gebildet werden:

- Produktive Investitionen, die zur Schaffung und Erhaltung dauerhafter Arbeitsplätze beitragen; durch direkte Investitionshilfen für kleine und mittlere Unternehmen
- Investitionen in Infrastruktureinrichtungen, die grundlegende Dienstleistungen für Bürger in den Bereichen Energie, Umwelt, Verkehr sowie Informations- und Kommunikationstechnologien bereitstellen
- Investitionen in die soziale Infrastruktur, die Gesundheits- und die Bildungsinfrastruktur
- Die Erschließung des endogenen Potentials durch die Unterstützung der regionalen und lokalen Entwicklung, der Forschung und der Innovation.

Der bislang gleichrangige Schwerpunkt von Maßnahmen im Bereich der Stadtentwicklung soll hingegen an Gewicht verlieren.

Vor dem Hintergrund der oben dargestellten finanziellen Rahmenbedingungen ist es für die Städte und Kreise von besonderer Bedeutung, dass auch künftig Mittel der Europäischen Union für die regionale Entwicklung zur Verfügung stehen. Die

Metropole Ruhr hat über ihre neuen Netzwerke und Projektansätze dazu bereits gute Voraussetzungen geschaffen. Insbesondere das Jahr 2012 muss dazu genutzt werden, den Verantwortlichen auf den verschiedenen staatlichen Ebenen die abgestimmten Ziele der Metropole Ruhr bei Forschung und Innovation, im Bildungsbereich, in Klimaschutz und Stadtentwicklung unmittelbar deutlich zu machen.

In direktem Zusammenhang mit den Entscheidungsprozessen zur künftigen Regionalförderung der Europäischen Union und zur weiteren Entwicklung des Bildungswesens in Deutschland steht die Frage der Finanzierung von Maßnahmen der **Stadterneuerung**. Der EU-Schwerpunkt einer Unterstützung von Infrastrukturen in den Bereichen Unternehmensförderung, Mobilität, Sozialstrukturen und Bildungswesen ist ohne Erneuerung der Städte, ohne die Aufbereitung industrieller Brachflächen, ohne „multifunktionale“ Maßnahmen wie bei dem Programm „Soziale Stadt“ kaum denkbar. Die Metropole Ruhr verfügt hier über Modellprojekte und umfassende Erfahrungen und wird diese in die Diskussionen über Förderprogramme bei Bund und EU einzubringen.

Auch im Bereich des **Bildungswesens** werden sich in den nächsten zwei Jahren wichtige Entscheidungsprozesse vollziehen. Auf Bundes- und Landesebene stehen weitere Diskussionen zur Finanzierung der frühkindlichen Bildung an. In Nordrhein-Westfalen wird die Umsetzung der Entscheidungen zu den Schulstrukturen auch zu Diskussionen über die Personal- und Sachausstattung der Schulen sowie des übergreifenden Betreuungsaufwands führen. Die Metropole Ruhr hat mit dem Bildungsbericht Ruhr wichtige Vorarbeiten geleistet.

Alle drei Themenkreise sind in den Jahren 2012/2013 in die landesbezogene, nationale und europaweite Diskussion einzubringen. Der **Statusbericht 2011/2012** zu Konzept Ruhr und Wandel als Chance bietet dazu die geeignete **Plattform**.

Das gilt auch für den wichtigen Gesichtspunkt der **Vereinfachung von Antragsverfahren, Förderabwicklung und der Genehmigung kommunaler Finanzierungsanteile**. Die Städte und Kreise der Metropole Ruhr haben gute Erfahrungen mit den Regularien zur Abwicklung des „Konjunkturprogramms II“. Die hier seitens Land und Bund gewählten Verfahren

- stärken die Eigenverantwortlichkeit der Kommunen,
- tragen zur Verwaltungsvereinfachung bei,
- beschleunigen die Umsetzung und
- können als Vorbild für die technische Ausgestaltung neuer Programme dienen
- und bieten eine Lösung für die seit Jahren andauernde Diskussion zur Genehmigung kommunaler Finanzierungsanteile bei Infrastrukturmaßnahmen durch die Kommunalaufsicht.

Die „Dekade der Projekte“

Die beiden vergangenen Dekaden waren in der regionalen Entwicklung der Metropole Ruhr geprägt durch eine inhaltliche und finanzielle Ausrichtung auf die „Dekadenereignisse“ der IBA Emscher Park und der Kulturhauptstadt Europas.

Am Ende der nun angelaufenen Dekade steht die weltweit als symbolträchtig empfundene Zahl „2020“. Auch die Europäische Union hat als Zielmarke für die nächste Etappe der Regionalentwicklung die Zielmarke „Europa 2020“ gewählt. Für die Metropole Ruhr, den Kreis Steinfurt - und letztlich ganz Nordrhein-Westfalen - wird außerdem das Jahr 2018 mit dem Auslauf des Steinkohlebergbaus von besonderer Symbolik sein.

Anders als am Anfang der 1990er oder 2000er Jahre verfügt die Metropole Ruhr zu Beginn dieser symbolträchtigen Dekade allerdings über eine Reihe von Projekten und Netzwerken, von denen jedes für sich Stoff für ein neues Dekaden-Projekt oder eine Dekaden-Etappe bildet. Die Metropole Ruhr steht an der Startlinie für eine

Dekade der Projekte:

- Innovation City und regionale Klima-Expo 2020
- Bildungsbericht Ruhr und Bildungsregion Ruhr 2018
- Umbau des Emscher-Systems 2020
- Bewerbung European Green Capital 2015
- Emscher Landschaftspark
- Regionalplan Ruhr 2015 – Ideenwettbewerb Zukunft Ruhr

Hinzu kommen:

- Pilotfunktion für Gewerbliches Flächenmanagement
- Ansätze zur Ergänzung der Wirtschaftsförderung über die Identifizierung von „Leitmärkten“
- Kontinuierliche Stärkung der Stadtstrukturen

Alle Module befinden sich bereits in der Umsetzung oder werden gezielt vorbereitet; alle sind durch regionale Netzwerke gestützt. Sie stehen nicht im Wettbewerb, sondern ergänzen sich wechselseitig.

In den nächsten Monaten stehen für alle Module erste Entscheidungen zu Finanzierung, Strukturen und Zeitabläufen an. Es ist eine wichtige Aufgabe der Metropole Ruhr in den Jahren 2012/2013, diese Herausforderung zu bewältigen. Dabei steht die Klärung der Finanzierungsfragen für die investitionswirksamen Bausteine der Regionalentwicklung im Vordergrund.

Im Sinne der Untersetzung des Leitbegriffs „**Ruhr 2020+**“ kann die etablierte Zusammenarbeit im Rahmen von Konzept Ruhr/ Wandel als Chance dazu eine gemeinschaftliche Plattform zur permanenten Zusammenführung der Module bilden.

Arbeitsschwerpunkte 2012-2013

In der Arbeitsperiode 2012/2013 ergeben sich für die interkommunalen Arbeitsgruppen Konzept Ruhr/ Wandel als Chance die folgenden Arbeitsschwerpunkte:

Künftige Förderstrukturen

- Einflussnahme auf die Inhalte künftiger Förderprogramme bei EU, Land und Bund durch interkommunal abgestimmte Positionspapiere und gemeinschaftliche Gespräche mit den zuständigen Verwaltungen/ Institutionen
- In gleicher Weise Einflussnahme auf die Vorstellungen von EU, Bund und Land zur technisch-organisatorischen Abwicklung von Förderprogrammen mit dem Ziel der Verfahrensbeschleunigung und Verwaltungsvereinfachung
- Vereinbarung mit dem Land Nordrhein-Westfalen zur Abstimmung von Förderressorts und Kommunalaufsicht bei der Bewertung von kommunalen Finanzierungsanteilen für gewerbliche Flächenentwicklung oder städtebauliche Aufwertung.

Projektbezogene Schwerpunkte

- Umsetzung der Projektgruppe „Bergbauflächen“ im Dialog mit Land und RAG-Stiftung/ RAG-Konzern
- inhaltliche Begleitung der weiteren Umsetzung des Bildungsberichts Ruhr
- und des Gewerblichen Flächenmanagements Ruhr
- Vertiefung der Diskussion zu den Schnittstellen von „Stadt-Bildung-Klima“ mit dem Ziel der Schaffung entsprechender Förderstrukturen und der Vorbereitung von Modellprojekten auf kommunaler/ interkommunaler Ebene
- Einbringen der Arbeitsergebnisse in die Vorbereitungen für den Regionalplan Ruhr

Zusammenfassung

Fünf Jahre Konzept Ruhr und vier Jahre Wandel als Chance stehen für eine Erfolgsgeschichte der interkommunalen Zusammenarbeit in der Metropole Ruhr. Viele Projekte der Stadtentwicklung, der gewerblichen Flächenförderung, der Gestaltung von Freiflächen und der Umgestaltung des Emscher-Systems sind Wirklichkeit geworden.

Das Konzept Ruhr hat ein Investitionsvolumen von rund 7 Mrd. € für die Region mit beeinflusst; es hat Impulse gegeben für neue Projekte der Regionalentwicklung und zum Erfolg der Kulturhauptstadt Europas beigetragen.

Das Positionspapier Wandel als Chance war der Ausgangspunkt für eine umfassende Analyse des flächenbezogenen Wirtschaftsgeschehens in der Metropole Ruhr, das nun in eine übergreifende Strategie einmünden wird. Ausgehend von Wandel als Chance liegt nun der erste Bildungsbericht Ruhr als Fundament für eine regionale Bildungsdiskussion vor.

Die nächsten zwei Jahre werden entscheidend dafür sein, ob die nun bevorstehende „Dekade der Projekte“ in der Metropole Ruhr – mit vernetzten Ansätzen zur Innovation in den Bereichen Stadt – Bildung – Klima aus der Startphase in die Realisierung übergehen kann. Das Konzept Ruhr mit seinen etablierten Kommunikationsstrukturen innerhalb der Metropole Ruhr und zu Institutionen oder Verwaltungen außerhalb der Region ist dafür eine gute Plattform.